

Armut abschalten!

- für ein soziales und gerechtes Europa!

Arbeitspapier zur Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion von europäischen attac-Basisgruppen

Am 11. März dieses Jahres haben 15 europäische attac-Sektionen ein Papier vorgelegt, mit dem sie „Attacs 10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ beschreiben. In diesem Text sehen wir, die in Toulouse versammelten attac-Basisgruppen, eine sinnvolle Grundlage, um die Forderungen für die Schaffung eines sozialen und gerechten Europas zu umreißen. Darüber hinaus haben wir bei unserem Treffen in Toulouse jedoch für den Sonntag auch auf der Tagesordnung, uns über unsere weitere Zusammenarbeit für das kommende Jahr zu verständigen. Das folgende Papier soll ein Vorschlag zur Gestaltung dieses Tagesordnungspunktes sein. In der Nürnberger attac-Gruppe haben wir darüber diskutiert, was wir uns von einer solchen Zusammenarbeit erhoffen. Zentral ist dabei für uns, dass wir eine *zeitgleich in verschiedenen europäischen Städten stattfindende Aktion mit einer gemeinsamen Forderung* anstreben. Dafür müssen wir die abstrakten „10 Prinzipien“ so verdichten, dass sie „aktionsfähig“ (das heißt: auf der Straße kommunizierbar) werden. Das folgende Papier stellt hierfür einen Vorschlag dar. Selbstverständlich sind wir in Nürnberg jedoch völlig offen für andere Vorschläge oder Änderungen unserer Idee.

1. Drei Prinzipien für eine aktionsbezogene Schwerpunktsetzung

Wir sind der Auffassung, dass für eine aktionsbezogene Schwerpunktsetzung der Punkt 9 des oben genannten „10 Prinzipien-Papiers“ („Spirale nach oben bei Sozial- und Steuerstandards“) eine zentrale Bedeutung hat. Konkret sollen die von uns in einer anzustrebenden gemeinsamen Aktion vertretenen Forderungen die folgenden drei Prinzipien erfüllen:

a) *Soziale Sicherung auf Basis eines Grundrechts für alle ausbauen*: Bisher wurde die europäische Idee durch die neoliberale Politik der EU für den Abbau sozialer Leistungen in den Mitgliedsländern missbraucht. Wir als attac-Basisgruppen müssen im Gegensatz hierzu solche Forderungen erheben, die die sozialen Sicherungen der Mensch in Europa auf garantierte Mindeststandards heben.

b) *Finanzierung einer solchen Sozialen Sicherung durch eine gerechte Steuer- und Lastenverteilung*: Wir dürfen nicht nur sagen, wie es den Menschen in Europa wirtschaftlich besser gehen kann, sondern auch, wie wir das finanzieren wollen. Soziale Leistungen mussten in den letzten Jahren vor allem deswegen eingeschränkt werden, weil sich die EU-Staaten unter dem Druck einer neoliberalen Ideologie des Wettbewerbs gegenseitig mit Niedrigsteuersätzen und Steuersenkungsprogrammen unterboten haben. Diese kommen jedoch vor allem dem transnationalen Kapital zugute, das die Möglichkeit hat, sich das Land mit den niedrigsten Steuersätzen auszusuchen. Das transnationale Kapital entzieht sich so immer mehr seiner gesellschaftlichen Verantwortung und zwingt somit die Staaten in den Scheinsachzwang, ihre Ausgaben durch Abbau von Sozialleistungen zu senken. Hier brauchen wir ein Ende der zwischenstaatlichen Wettbewerbspolitik hin zu einer gerechten europäischen Besteuerung, die perspektivisch überall in Europa eine Gleichheit der Lebensverhältnisse anstrebt. Diese Gleichheit muss vor allem einen Transfer darstellen, der vom transnationalen Kapital finanziert: insbesondere müssen wir eine koordinierten Anhebung der Steuersätze für große Unternehmen sowie für hohe Einkommen und Vermögen durchsetzen. Ohne sozialen Gerechtigkeit wird es keine dauerhafte und friedliche europäische Einigung geben.

c) *soziale Politik auch nach Außen*: Ein soziales und gerechtes Europa kann nicht nur nach innen

funktionieren. Allein schon aus der kolonialen Vergangenheit erwächst eine Verantwortung und die Verpflichtung der EU, für einen sozialen Ausgleich zwischen den reichen Ländern des Norden und den ärmeren Ländern des Südens zu sorgen. Wenn Europa sich zu einem sozialen Modell des gerechten Ausgleichs entwickelt, muss es auch soziale Verantwortung weltweit übernehmen.

2. Konkrete Forderung: Armut abschalten!

Diese genannten Prinzipien müssen, sollen sie „aktionsfähig“ werden, in einer konkreten Forderung zusammengefasst werden. Wir schlagen als ein mögliches Beispiel hierfür den Slogan „*Armut abschalten!*“ vor. Diese Forderung müsste in einem im Verlauf der nächsten Monate zu erarbeitenden Forderungskatalog gemäß den drei oben genannten Prinzipien aufgefächert werden:

- a) Die Freiheit von Armut (relativ zum durchschnittlichen Einkommen eines EU-Mitgliedlandes) soll einklagbares Menschenrecht werden. Für die weitere Konkretisierung dieser Forderung müsste für die jeweiligen Länder ein Satz definiert werden, der die Armutsgrenze markiert. Außerdem müsste festgelegt werden, wer diesen Satz im Bedarfsfalle auszahlen müsste.
- b) Das hierfür nötige Finanzvolumen müsste für jedes EU-Land geschätzt werden. Es müsste ein Konzept erarbeitet werden, wie durch eine Steuererhöhung für Vermögende, BerzieherInnen von großen Einkommen und für große Unternehmen die notwendigen Einnahmen erzielt werden können. Es müsste weiter geprüft werden, wie durch Einführung eines entsprechenden europaweiten Mindeststeuersatz diese Einnahmen abgesichert werden können.
- c) Es müsste erarbeitet werden, wie die EU am sinnvollsten zur Armutsbekämpfung in der Welt beitragen könnte. Prinzipiell wären hier sehr unterschiedliche Ansätze denkbar. Konzeptionell wäre es am besten, die Forderungen direkt auf die EU-Außenhandelspolitik zu beziehen. Naheliegend wäre z.B. die zwingende Berücksichtigung von den Arbeitsbedingungen (einschließlich der Entlohnung) in den Erzeugerländern bei Importen in die EU.

3. Zeitplan

Vorausgesetzt, wir einigen uns in Toulouse auf eine Kampagne wie die hier skizzierte, schlagen wir für deren Umsetzung den folgenden Zeitplan vor:

- bis zur Sommerpause: Rücktragen der Diskussionsergebnisse in die Basis-Gruppen und Bildung von Arbeitszusammenhängen vor Ort, die sich an der Umsetzung dieses Konzeptes beteiligen wollen;
- bis Februar 2008: die teilnehmenden Basis-Gruppen aus jeweils einem Land erarbeiten gemeinsam ein Konzept, das die Forderungen 2a (Sozialstandard gegen Armut) und 2b (Steuerkonzept für dessen Finanzierung) für das jeweilige Land konkretisiert; Gleichzeitig erarbeitet eine in Toulouse zu bildende internationale Arbeitsgruppe ein konkretes Konzept für die Forderung 2c (Armutsbekämpfung außerhalb von Europa)
- bis April 2008: Erarbeitung einer öffentlichen Aktion zur Illustrierung der zusammengestellten Forderungen; zeitgleiche Durchführung in den beteiligten Städten
- anschließend: Werbung weiterer attac-Basisgruppen zur Mitarbeit an der Kampagne und Mobilisierung derselben zum nächsten ...
- ... attac-Basisgruppentreffen, das dann im Mai 2008 stattfindet.